

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 476

Mittwoch, 12. Januar 2011

17. Jahrgang

Wo steht die Linke heute?

Die Regierungszeit von Vinicio Cerezo (1986 – 91) wurde als „demokratische Öffnung“ bezeichnet – von den seither sechs Regierungen kann keine wirklich als links bezeichnet werden. Auch die aktuelle nicht, denn an den strukturellen Problemen hat sich auch unter Alvaro Colóm nichts geändert. Sowohl Alfonso Portillo (2000 – 04) wie seinem Nachfolger Oscar Berger gelang es, in ihre Regierungen einzelne ExponentInnen der Linken aufzunehmen (z. B. Frank La Rue, Edgar Gutiérrez oder Rigoberta Menchu). Auch der aktuelle Präsident Alvaro Colom konnte einige VertreterInnen aus Volksbewegungen und der Linken für sich gewinnen. Eine aktuell völlig zersplitterte Rechte erhöht die Chancen der UNE, die Präsidentschaftswahlen erneut zu gewinnen. Nicht zum ersten Mal im Hinblick auf Wahlen geben die linken Gruppierungen URNG, ANN und Winaq bekannt, dass sie sich zu einer Einheit zusammenschließen wollen. Die Einschätzungen verschiedener linker Politiker (!) und progressiver Politologen (!) über die Chancen für eine solche Plattform sind sehr unterschiedlich. Inforpress Centroamericana befragte in der No. 1876 vom 10. Dezember 2010 einige von ihnen. Im folgenden eine stark gekürzte Zusammenfassung des Textes.

Inforpress: Was ist der politische Vorschlag der linken Allianz, die sich im Hinblick auf die Wahlen 2011 zusammenschließen will, und welche Chancen hat sie?

Héctor Nuila, Generalsekretär und Kongressabgeordneter *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* URNG: Seit 2009 sind wir im Gespräch mit der *Alternative Neue Nation* ANN (das Nachfolgeprojekt von Pablo Monsantos *Allianz Neue Nation* ANN). Später kamen Gruppierungen aus den Volks- und Indigenenbewegungen dazu. Unser Ziel ist, eine politische Bewegung mit breit abgestützter sozialer Basis zu bilden, welche den Zerfall des guatemalteckischen Staates und seiner Gesellschaft aufhalten kann. Unsere bisherigen Wahlergebnisse waren nicht überwältigend, aber wir haben die letzten sechs Jahre den Kampf der sozialen Bewegungen auf der Strasse begleitet. Begonnen hat dies 2005 mit dem Widerstand gegen das Freihandelsabkommen mit den USA. Aktuell stehen die Verteidigung der natürlichen Ressourcen und der Widerstand gegen Megaprojekte im Mittelpunkt unseres Kampfes. Und diese Themen stehen nicht auf unserer politischen Agenda, weil wir damit auf Stimmenfang gehen wollen, sondern weil es den Prinzipien unseres Kampfes entspricht.

Aníbal García, *Movimiento Nueva República* MNR (2007 in den Kongress gewählt als Abgeordneter von Nineth Montenegros *Encuentro por Guatemala*): Eines der Probleme sowohl der linken wie auch der rechten Allianzen ist, dass sie einen Generationenwechsel brauchen. Das heisst nicht, dass die historischen Leader aussen vor bleiben müssen, aber sie müssen jenen eine Chance geben, die beweisen wollen, dass sie in der Lage sind, in diesem Land etwas zu bewirken. Als MNR sind wir bereit, mit progressiven linken Kräften Allianzen einzugehen, wenn das gemeinsame Ziel ist, eine wirkliche Alternative für die guatemalteckische Bevölkerung aufzubauen. Wir trauen aber jenen Linken nicht mehr, die Teil der Regierung von Alvaro Colom wurden und vorgaben, diese Partei Richtung links zu transformieren. Im Nachhinein zeigt sich, dass es diesen Leuten um ihre eigenen Machtinteressen ging. Und wenn sie jetzt kommen und zu einer vereinten Linken aufrufen, bin ich skeptisch.

Alfonso Bauer Paiz (Revolutionär, ehemaliges Mitglied der Regierung von Jacobo Arbenz 1951 – 54): So wie es heute um die Linke steht, glaube ich nicht an eine solche Allianz. Sie sagen zwar alle von sich, dass sie links sind, aber mit ihrem persönlichen und politischen Verhalten stützen sie das herrschende System. Ich glaube nicht an diesen ganzen Wahlzauber, die Mehrheit der Bevölkerung geht sowieso nicht wählen oder wählt ungültig. Was das Land bräuchte, ist eine Revolution, die mit der Oligarchie aufräumt, die seit dem 16. Jahrhundert an der Macht ist. Und man muss mit dieser kolonialen Mentalität aufhören, heute zwar nicht mehr zu Gunsten Spaniens, sondern zu Gunsten Nordamerikas.

Alvaro Pop, Politologe: Eine linke Allianz wäre dringend nötig, aber ich glaube nicht, dass sich die verschiedenen Gruppen und Parteien auf eine gemeinsame Agenda einigen können. Nur schon an der Frage, unter welchem Namen oder mit welchem Kandidaten/welcher Kandidatin man antreten will, ist eine komplizierte Angelegenheit. Das zweite Problem ist ein ideologisches und eine Frage der Konkurrenz einzelner Führungspersonen. Und es wird auch bei den kommenden Wahlen Leute aus der Linken geben, die mit der Rechten Allianzen machen werden, so wie wir das in der Regierung von Portillo und Berger schon hatten. Diese Sorte Linker hat eine ganz eigene Logik ...

Inforpress: Könnten die Friedensabkommen noch die Grundlage für eine gemeinsame politische Plattform sein?
Héctor Nuila: Wir haben die Umsetzung der Friedensabkommen genau mitverfolgt, und es ist empörend, wie wenig die Regierungen, angefangen bei Arzú bis hin zu Colom, davon umgesetzt haben. Colom braucht die Friedensabkommen als Kosmetik, die seine neoliberale Politik verdeckt. Colom hat verschiedene Themen sehr willkürlich behandelt, z. B. die Wiedergutmachung, die Landfrage, die Arbeitsrechte, die Bildungsreform, die Gesundheitsreform und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Dazu kommt eine dramatische Re-Militarisierung des ganzen Landes. All dies sind Themen, die wir mit unserem politischen Projekt wieder einfordern müssen.

Aníbal García: Die Friedensabkommen sind ein obligatorischer Bezugsrahmen für alle Linke, sie können ein Leitfadens für unsere Politik sein. Die guatemaltekische Bevölkerung hat jedoch ganz konkrete Probleme, und die Linke muss dafür Lösungen anbieten können. Ich glaube an die Friedensabkommen, aber sie sind weit von den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entfernt.

Alvaro Pop: Ich glaube nicht mehr an eine Umsetzung der Friedensabkommen, nicht einmal, wenn die URNG oder eine linke Allianz an die Macht käme. Ihre Unterzeichnung liegt schon einige Jahre zurück, und man müsste die Abkommen einer Revision unterziehen. Ich denke vielmehr, es bräuchte eine übergeordnete nationale Agenda, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung zur Grundlage hat. Darauf müssen wir aufbauen, die Friedensabkommen oder die Millenniumsziele können dabei einen Bezugsrahmen bilden.

Kongress ratifiziert den Ausnahmezustand in Alta Verapaz

Guatemala, 22. Dez. Der Kongress segnete am 22. Dezember den Ausnahmezustand in Alta Verapaz und die entsprechenden Massnahmen der Regierung ab, um gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere die mexikanischen Drogenkartelle, vorgehen zu können. Die Ratifikation benötigte eine Zweidrittelmehrheit, also mindestens 105 Stimmen und genau diese Anzahl Abgeordneter stimmte auch dafür. In der Debatte sagte die Abgeordnete Roxana Baldetti von der *Patriotischen Partei* (PP), dass ihre Partei bereits seit zwei Jahren derartige Massnahmen gefordert habe. Nineth Montenegro vom *Encuentro por Guatemala* (EG) sprach ebenfalls ihre Unterstützung aus. Sie mutmasste gleichwohl, dass die Drogenkartelle das Departement sicher schon verlassen hätten, bevor das Dekret verkündet wurde. „Wir müssen die öffentlichen Stellen säubern und schauen, ob und wo es Infiltrationen durch das organisierte Verbrechen gibt“, sagte sie weiter.

Der unabhängige Abgeordnete Aníbal García wiederholte in der Debatte die Argumentation, die Ramón Cadena von der *Internationalen JuristInnenkommission* bereits dem Kongresspräsidenten Roberto Alejos präsentiert hatte. Seine Kritik bestand darin, dass das Dekret sich auf das Gesetz zur öffentlichen Ordnung aus dem Jahr 1965 berufe, das definiert, welche Freiheiten durch einen Ausnahmezustand eingeschränkt werden können. Es handle sich hierbei um ein Gesetz der Aufstandsbekämpfung und widerspreche den von Guatemala ratifizierten internationalen Abkommen. „In dieser Legislaturperiode ist ein neues Gesetz der öffentlichen Ordnung auf Eis gelegt worden. Solange es nicht verabschiedet ist, kann es auch nicht als Hilfe für einen Ausnahmezustand dienen“, ergänzte García. Otilia Lux stimmte ebenfalls dagegen und kritisierte, dass die lokale Bevölkerung nicht in ihrer Sprache informiert worden sei, denn schliesslich seien 90 % der dortigen BewohnerInnen K'ekchi.

Am 29. Dezember traf sich dann Innenminister Carlos Menocal mit FunktionärInnen und Zivilorganisationen in Cobán, Alta Verapaz, um ihnen die speziellen Sicherheitspläne zu erklären, die bereits vor der Ratifizierung des Ausnahmezustandes umgesetzt wurden. Menocal kündigte an, dass die vereinten Polizei- und Militärkräfte ihre Arbeit in der Region auch über den am 18. Januar auslaufenden Ausnahmezustand hinaus fortsetzen würden. Solange, bis die totale Kontrolle über das von den Drogenringen besetzte Territorium wieder hergestellt sei. Diese operierten von der Grenze zu Honduras aus und nutzten die Franja Transverbal del Norte, um die Drogen nach Mexiko zu schaffen.

Des weitern kündigte Menocal den Aufbau eines Modell-Kommissariats in Cobán an, ähnlich wie es sie schon in Mixco und Villa Nueva gibt. Es soll am 15. Januar 2011 eröffnet und mit von der US-Botschaft zur Verfügung gestellten technischen Geräten bestückt werden. Die Polizeikräfte dieses Modell-Kommissariats hätten die Fähigkeit, auf Verbrechen zu reagieren, Beweismittel zusammenzutragen und vorzubeugen. Sie führten die strafrechtlichen Ermittlungen und arbeiteten zusammen mit der Staatsanwaltschaft, RichterInnen, AnwältInnen sowie der Zivilgesellschaft, was sehr wichtig sei, erläuterte der Minister. (Dass er ein solches Vorgehen als Modell preist, sagt eigentlich alles über das guatemaltekische Rechtssystem aus, die Red.).

Bislang wurden nach Angaben von Innenminister Carlos Menocal seit Beginn der Massnahmen 18 Personen verhaftet. Dies seien „keine kleinen Fische, sondern bekleiden wichtige Positionen in der als Zeta bekannten Gruppe“, hiess es anfänglich. Kurz darauf musste jedoch die Staatsanwaltschaft eingestehen, dass bloss zwei der Verhafteten den Zeta-Strukturen angehören.

Gegen sie wurden inzwischen Strafverfahren eingeleitet, u. a. wegen Verschwörung, illegaler Versammlungen, Steuerbetrug und ungesetzlichem Tragen von Feuerwaffen sowie Raub und Fälschung von Autokennzeichen. Alle Verhafteten wurden in das Hochsicherheitsgefängnis Fraijanes II gebracht.

In einer Pressekonferenz in Cobán informierte die Staatsanwaltschaft über die offiziellen Zahlen der Verhaftungen und Waffenfunde. So wurden 82 Gewehre, 23 Maschinengewehre, 15 Pistolen, sechs Granatwerfer, vier Jagdgewehre, 17.599 Stück Munition unterschiedlichen Kalibers, drei Granaten, sechs Kanister mit Nitroglyzerin, 28 Triebwagen, fünf Luftschiffe und 309.412 US-Dollar in bar gefunden. Das Ganze im Wert von rund 7 Millionen Quetzales.

14 Jahre Friedensabkommen: Offizielle Feier ...

Guatemala, 26. Dez. Mit dem Wechsel der Friedensrose begannen die Erinnerungsfeiern anlässlich des 14. Jahrestags der Unterzeichnung der Friedensabkommens. Im Beisein von Präsident Álvaro Colom vollzog der Erzbischof des Bistums Guatemala Stadt Oscar Julio Vian diesen Festakt im Nationalen Kulturpalast (ehemaliger Regierungspalast). Nach 36 Jahren des bewaffneten Konfliktes ringe das Land weiterhin um eine Lösung seiner Probleme, die Ungleichheit und Armut, sagte der Erzbischof bei dem Festakt.

Nach Ansicht des *Sekretärs für Friedensfragen* Orlando Blanco seien die grössten Hindernisse auf diesem Weg die Unzulänglichkeit der staatlichen Ressourcen, welche nicht reichen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, die Armut zu beenden und eine Strategie der ländlichen Entwicklung zu fördern. Dazu kämen ernsthafte Bedrohungen wie Naturkatastrophen als Konsequenz des Klimawandels und die organisierte Kriminalität.

Teil der Gedenkveranstaltungen waren auch kulturelle Darbietungen, unter anderem solche, die Kindern gewidmet waren. Höhepunkt waren ein Konzert und ein grosses Feuerwerk auf der Plaza de la Constitución.

... und Aufarbeitung der Kriegsverbrechen

Guatemala, Ende Dez. Der Staatsanwaltschaft (MP) ist es gelungen, die juristische Aufarbeitung von fünf Massakern gegen die Zivilbevölkerung, die in diversen Provinzen während der Zeit des bewaffneten Konflikts stattfanden, in die Hauptstadt zu verlegen, weil befürchtet wird, dass die Untersuchungen an den Orten, in denen die Taten verübt wurden, behindert werden könnten.

Es handelt sich bei den Fällen um die Massaker auf der Parzelle Dos Erres und dem Dorf Los Josefinos, beide Petén, jenes in Panzós, Alta Verapaz, und jenes auf dem Militärstützpunkt in Rabinal, Baja Verapaz, sowie um das Verschwindenlassen des Ex-Guerrilleros Efraín Bámaca in Retalhuleu. Édgar Pérez, der als Nebenkläger in den Prozessen auftritt, hofft, dass die entsprechenden Ermittlungen im Jahre 2011 beginnen können, d.h. dass die Fälle wieder eröffnet werden. Die Fälle an die Erste Strafkammer zu übergeben, bedeute auch ein geringeres Risiko für die RichterInnen und die ZeugInnen, die nach wie vor mit den MörderInnen in derselben Gemeinde zusammenleben müssen, was es schwierig mache, gegen sie auszusagen, erklärte Pérez.

César Barrientos, Präsident der Strafkammer des CSJ, bestätigte, dass tatsächlich ein hohes Risiko bestehe, dass die Untersuchungen und Prozesse behindert werden, wenn diese in den Provinzen geführt werden. Auch er begrüsst die Entscheidung, die Prozesse in die Hauptstadt zu verlegen: „Ich glaube, dass der Staat wirklich versucht, Rechtsstaatlichkeit in diesen Fällen zu garantieren und effizient zu sein.“

Aura Elena Farfán, Präsidentin der *Vereinigung der Angehörigen der Verhafteten und Verschwundenen Guatemalas*, äusserte sich optimistisch: „Ich bin sehr zuversichtlich, dass Gerechtigkeit erreicht werden kann. Was wir suchen, ist die Wahrheit darüber, was mit unseren Toten geschehen ist, und dass die materiell wie intellektuell Verantwortlichen gefunden werden.“

Verfassungsgericht bestätigt den Anklagepunkt der extralegalen Hinrichtung gegen Giammattei

Guatemala, 27. Dez. Das Verfassungsgericht bestätigt den Entscheid der Dritten Kammer des Appellationsgerichts, den Schiedspruch aufzuheben, mit dem RichterIn Patricia Flores die Anklage wegen aussergerichtlichen Hinrichtung gegen Alejandro Giammattei hatte fallen lassen wollen. Der Anwalt Giammatteis, Lisandro Godínez, focht den Entscheid des Appellationsgerichts an, blitzte aber ab. So bleibt also der Prozess gegen neun Personen wegen Hinrichtung von Straftätern in Pavón bestehen.

Hintergrund ist der „Sturm auf den Pavón“, einer "Modellfarm für Rehabilitation" (Fijate 369) am 25. September 2006, bei dem sieben Straftäter getötet bzw. „regelrecht hingerichtet“ wurden (vgl. auch Fijate 375, 377). Ein

entscheidender Punkt für den Entscheid der Dritten Kammer und des Verfassungsgerichts waren vermutlich die Fotos, die die CICIG am 8. November 2010 präsentierte und die sowohl Giammattei als auch den damaligen Vizedirektor des Zuchthauses, Mario García Fresh am Tag der Erstürmung als Anwesende am Ort des Geschehens zeigen. Jedenfalls hat das Verfassungsgericht seine Entscheidung von November, die zugunsten von Flores ausfiel, revidiert.

Für Giammattei, der – nicht zum ersten Mal – für die diesjährigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen als Kandidat gehandelt wird, kann diese Entscheidung nicht befriedigend sein.

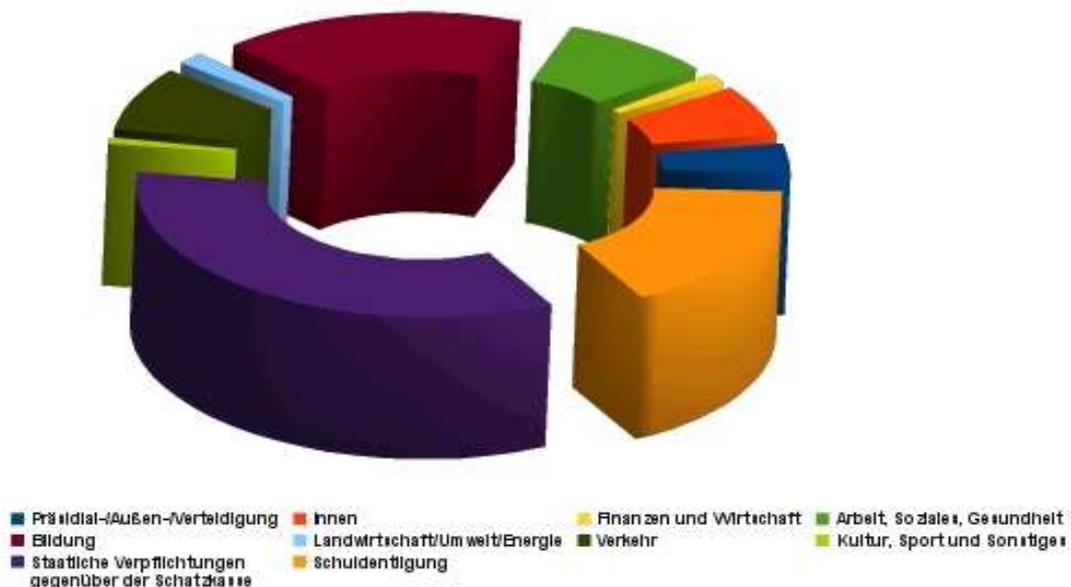
Der Haushalt 2011

Guatemala, 21. Dez. Der Haushalt ist verabschiedet und im Internet anzuschauen unter http://www.minfin.gob.gt/archivos/presupuesto_2011/decreto_542010_211210.pdf.

Insgesamt sieht er Ausgaben in Höhe von 54.390.896.574 Quetzales vor, davon sind 61 % der laufenden Arbeit gewidmet, 23 % sind Investitionen und 16 % tilgen die Schulden. Mehr als 90 % bekommt die Exekutive, während die Legislative 468 Millionen Quetzales und die Judikative 1,3 Milliarden Quetzales bekommen. Neben dem Schuldendienst sind Bildung und Gesundheit sowie die „Verpflichtungen gegenüber der Schatzkammer“ (fast ein Drittel!) die grössten Haushaltsposten. Bleibt zu hoffen, dass das Geld, das für diese – für die Bevölkerung so wichtige und lebensnotwendige – Ressorts ausgegeben werden soll, tatsächlich auch dort ankommt, wo es soll. Vielleicht ein Vorsatz für das Neue Jahr?

Guatemaltekischer Haushalt 2011

Verteilung auf die Ressorts



Zwangssterilisationen in den 70er Jahren

Nachdem im letzten Oktober die Meldung über Penizillin-Versuche an guatemaltekischen Gefangenen und Prostituierten öffentlich wurde, werden nun endlich auch die Zwangssterilisationen an Frauen thematisiert. Dabei wird der Bericht „Von der Geburtenkontrolle zum Genozid“ des spanischen Arztes Alfredo Embid zitiert, der weltweit Informationen zu dem Thema recherchiert hat. Gemäss seinem Bericht wurden ab 1974 im Spital San Juan de Dios guatemaltekische Frauen ohne ihr Wissen und ohne ihre Einwilligung zwangssterilisiert.

Nebst der reinen Geburtenkontrolle ging es um medizinische Versuche: An den Frauen wurde die im Vergleich zur chirurgischen viel billigere Methode der chemischen Sterilisation „ausprobiert“. Ihnen wurde die chemische Substanz Paraformaldehyd in die Gebärmutter gespritzt, was zu grässlichen Entzündungen der Eileiter führte und diese längerfristig zerstörte.

Es war die Zeit, als der Begriff „Überbevölkerung“ Hochkonjunktur feierte und unter dem Vorwand der Entwicklungshilfe vor allem in Ländern des Südens Millionen von Frauen zwangssterilisiert wurden. So also auch in Guatemala, und zwar in einem Programm, das finanziell unterstützt wurde unter anderem von der Weltbank, vom Internationalen Währungsfonds sowie dem von der Rockefeller-Stiftung unterstützten Population Council. Auf guatemaltekisch-staatlicher Seite war es vor allem die *Vereinigung für familiäre Wohlfahrt* APROFAM, die das Sterilisierungsprogramm unterstützte. All dies geschah während der Regierungszeit von Carlos Manuel Arana Osorio, der 1974 die Macht an General Kjell Eugenio Laugerud García abgab, welcher das Land bis 1978 beherrschte. Offenbar gab es bereits 1965 das Bestreben seitens des Gesundheitsministeriums, Zwangssterilisationen durchzuführen, doch die damaligen Spitalleiter weigerten sich. 1975 berichtete die katholische Nachrichtenagentur „Noticias aliadas“ zum ersten Mal von massiven Sterilisationen an indigenen guatemaltekischen Frauen. 1984 denunzierte der guatemaltekische Bischof Gerardo Flores die Vergiftung von Lebensmitteln mit antikonceptiv und sterilisierend wirkenden Substanzen. Diese Lebensmittel seien „ein Geschenk der USA an die ärmste Bevölkerung Guatemalas“ gewesen.

Carlos Gehlert Mata, Gesundheitsminister unter Vinicio Cerezo im Jahr 1986, gibt zu, von diesen Experimenten gewusst zu haben, die jedoch vor seiner Amtszeit stattgefunden hätten: „Es ist eine Verantwortungslosigkeit und eine Staatspolitik, die als kriminell bezeichnet werden muss. Sie verletzt nicht bloss ethische und moralische Prinzipien, sondern auch die Menschenrechte der missbrauchten Personen.“

In Guatemala gibt es kein Gesetz über medizinische Versuche an Menschen. Der Internationale Strafgerichtshof spricht im Zusammenhang mit der Zwangssterilisation jedoch von einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das „alte Lied“ von Bus-Anschlägen in neuer Tonlage

Guatemala, 7. Jan. Auch das neue Jahr, zugleich letztes Amtsjahr der jetzigen Regierung, beginnt wie schon 2010 mit blutigen Attentaten auf das öffentliche Bus-System. In den ersten Tagen des Jahres 2010 zählte man sieben Anschläge auf Busse bzw. Busfahrer. Dies zeigte die herrschende Unsicherheit im Land deutlich auf, welche die Regierung nicht einzudämmen vermochte.

Am 4. Januar verunsicherte eine Explosion in einem innerstädtischen Bus aufs Neue die Bevölkerung. Mehr als sieben Tote und 14 Verletzte waren die Folge der Explosion in dem mit 50 Personen besetzten Bus. Nur zwei Tage später wurde ein Transportunternehmer, der auf derselben Strecke (die Route Quetzal) seine Dienstleistungen anbietet, verhaftet. Er wird der illegalen Versammlung, Behinderung des Verkehrs, Verschwörung und Geldwäsche bezichtigt. Laut Presseangaben soll er im Auftrag von kriminellen Banden Summen zwischen 15 und 30.000 Quetzales von anderen Transportern erpresst haben. Allerdings bereicherte er sich an den Einnahmen, was eventuell den Bus-Anschlag ausgelöst haben könnte.

Die Banden oder *Pandillas* operieren wahrscheinlich von Gefängnissen aus. So ist einer der Köpfe hinter der Bus-Bombe der inhaftierte Gustavo Adolfo Pirir García alias der Hummer, der der Clique *Little Saico Criminal* angehört. Diese Gang „arbeitet“ auf mehreren Bus-Routen und erpresst Bus-Unternehmen. Pirir Garcia soll ebenfalls Lebensgefährte der Frau sein, die wohl die Bombe platziert hat - Sonia Elizabeth Véliz Hernández.

Desgleichen ist die Rolle des Militärs, welches aufs Engste mit vergangenen und aktuellen Gewalttaten in Verbindung steht, bezeichnend. Pirir erhielt von der Armee eine Ausbildung in Nahkampftechniken und in Sprengstoffnutzung und war während der Regierungszeiten von Alvaro Arzú und Alfonso Portillo Mitglied der Präsidentengarde. Laut Verónica Godoy, Chefin der *Inстанz für Unterstützung der Öffentlichen Sicherheit* (Imasp), ist dies besorgniserregend. „Die Armee müsste darauf aufpassen, was aus jenen wird, die von ihr ausgebildet werden. Aber viele dieser Personen werden von verbrecherischen Strukturen rekrutiert, wie die Banden *Los Zetas*, *Mara 18* etc.“

Für das soeben begonnene Jahr muss also auch wieder mit unzähligen Attacken auf das öffentliche Bus-System gerechnet werden, die seit 2006 jährlich über 100 Opfer fordern.

Mehr Hunger für 2011

Guatemala, 7. Jan. Das Büro des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) zählte mehr als 2000 Kinder unter fünf Jahren, die in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres an den Folgen der Unterernährung starben. Laut Bericht der PDH starben 170 Kinder an Unterernährung, 111 an Atemwegsbeschwerden und 1.725 an Durchfall. Eines der am meisten betroffenen Departments ist Jalapa. Dort schlug der Chef des Krankenhauses, Juan Carlos Rodríguez, Alarm. Er gab an, dass „in Fällen von Atemwegserkrankungen oder Durchfall diese Krankheiten zwar die Todesursache sind, aber nur deshalb zum Tode führten, weil sie unterernährte Kinder betrafen. Ein normal ernährtes Kind hätte sich von solchen Krankheiten erholt.“

Die meisten der Kinder starben zu Hause, nur 16% in Krankenhäusern. Das steht im makabren Zusammenhang mit den „Todes-Kosten“, die im Krankenhaus zu bezahlen sind. Wenn ein Kind im Krankenhaus stirbt, müssen

die Familien 200 Quetzales bezahlen, um den Kadaver für die Beerdigung in ihre Gemeinde zu überführen. Also bleibt vielen Familien nichts anderes übrig, als die Kinder zu Hause sterben zu lassen. Zum einen gehen sie davon aus, dass das Kind eh sterben wird, zum anderen besitzen sie keine 200 Quetzales.

Allerdings sollte laut PDH kein Kind im Krankenhaus an Unterernährung sterben, denn eigentlich gehe man davon aus, dass sie dort behandelt würden. Viele Kinder aus ländlichen Gebieten werden aber von den Krankenhäusern der Hauptstadt abgewiesen, da sie angeblich schon überfüllt sind.

Suceli Girón vom *Observatorium des Rechts auf Ernährung* lenkt ausserdem die Aufmerksamkeit auf die Nahrungsmittelreserven: Die Reserven an Getreide reichen nur für Januar, für die nachfolgenden Monate besitzt die Regierung nichts, um den Familien in Not zu helfen, die einzig und allein von ihrer Ernte abhängig sind.

Dazu kommt, dass Solidaritätspäckchen nur in der Stadt verteilt werden, nicht aber in den ländlichen Gebieten, wo sie am meisten gebraucht werden.

CICIG offiziell verlängert

Guatemala, 21. Dez. Das Mandat der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) wurde von den *Vereinten Nationen* offiziell verlängert. Während der Generalversammlung stimmten die 70 TeilnehmerInnen einstimmig dafür.

Diese Abstimmung war die Antwort auf eine Anfrage Guatemalas um Verlängerung, welche die Regierung am 6. Oktober letzten Jahres stellte. Die Regierung Guatemalas begründet ihren Antrag zum einen damit, dass es noch zu früh für die Beendigung der Kommission sei und dass ausserdem die Wahlen im September 2011 stattfinden werden, welche den Regierungswechsel für Januar 2012 einleiten. Wäre das Mandat der CICIG nicht verlängert worden, hätte die Kommission im September 2011 ihre Koffer packen müssen. Dies ist die zweite Verlängerung von zwei Jahren seit der Arbeitsaufnahme der CICIG.

Militärarchive der Jahre 1980 bis 1985 verschwunden

Guatemala, 10. Jan. Im März 2009 beauftragte Präsident Alvaro Colom eine Kommission mit der Klassifizierung und Untersuchung der Militärarchive aus der Zeit zwischen 1954 und 1996. Seit die Kommission zu arbeiten begann, stiess sie immer wieder auf den Widerstand der zuständigen Militärstellen, und MenschenrechtsaktivistInnen befürchteten, dass ihr nur „harmlose“ Dokumente zugänglich gemacht würden. Nun gab Präsident Alvaro Colom offiziell bekannt, dass die „Archive der Periode 1980 bis 1985 verschwunden sind und man Nachforschungen über ihren Verbleib anstellt“. Es handelt sich dabei um fünf der tragischsten und brutalsten Jahre im Verlauf des bewaffneten Konflikts, die geprägt waren von Verhaftungen, Verschwindenlassen, Exekutionen, Vergewaltigungen und Morden.

Die Information über den „Verlust“ der Archive gab der Präsident, wie Menschenrechtler Miguel Ángel Albizures schreibt, im Beisein von 30 Militärangehörigen bekannt. Wahrscheinlich seien diese bei der Bekanntgabe dieser Information anwesend gewesen, um nachzuprüfen, dass es wirklich nichts gibt, was ihnen etwas anhaben könnte, schreibt Albizures und mutmasst weiter, dass vielleicht die Rede des Präsidenten auch deshalb so kurz gewesen sei, um jenen nicht zu nahe zu treten, „die die Waffen in den Händen halten“.

Insgesamt existieren mehr als 12.000 Archive, die (noch) nicht verschwunden sind und von den gut 95% einsehbar sein werden. Knapp 5% werden teilweise klassifiziert und etwa 100 Archive als geheim eingestuft sein.

Die Arbeit der Kommission hätte am 11. Januar 2012 beendet sein sollen, doch gab Präsident Colom am 10. Januar bekannt, dass er das Mandat um weitere sechs Monate verlängert hat. Unter anderem soll noch eine Methodologie erarbeitet werden, um die Dokumente digitalisiert der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diese Dokumente sind unabhörmlich, um das historische Gedächtnis wiederzuerlangen, da sie erlauben, die Menschenrechtsverletzungen des Bürgerkrieges aufzuarbeiten.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto.-Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-